

**Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses am 19.02.2004**

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:50 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Richard Woldmer

ANWESENDE:

SPD

Ratsherr Richard Woldmer
Beigeordneter Bernd Bornemann
Ratsherr Richard Janssen
Ratsherr Bernd Kalkkuhl
Ratsherr Ihno Slieter

für Ratsfrau Marianne Pohlmann

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsherr Hinrich Odinga

FDP

Beigeordneter Erich Bolinius
Beigeordnete Hillgriet Eilers
Ratsherr Meinhard Meißner

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr Bernd Renken

Beratende Mitglieder

Herr Volkmar Dürrwald
Herr Johann Janssen
Herr Dieter Dilling
Herr Gustavo Mejia-Yepes
Herr Helmut Zimmermann

Von der Verwaltung

Erster Stadtrat Jan Röttgers
Fachbereichsleiter 300 Patrick de La Lanne
Fachbereichsleiter 400 Herr Münch
Dipl.-Ing. Ulrich Fortmann
Protokollführung Herr Michael Bernhardt

Gäste

Herr Stefan Scholz, BauBeCon
Frau Anke Brenger, BauBeCon

Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 19.02.2004

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Woldmer eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 29.01.2004

Die Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 29.01.2004 wird genehmigt.

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Auf Nachfrage von **Herrn Woldmer** bei den anwesenden Bürgern werden keine Beiträge verlangt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/704-02
Windpark Borssumer Hammrich

Herr de La Lanne erläutert den Inhalt der Vorlage; es wird eine Kompromisslösung zwischen der Windpark Borssum GmbH und der Stadt vorgeschlagen.

Herr Odinga stimmt im Namen seiner Fraktion den Inhalten der Vorlage zu.

Für **Herrn Bornemann** ist die Sachlage aufgrund der Urteils des OVG klar; seine Fraktion hält den ausgehandelten Kompromiss für tragfähig, da sich insgesamt die Zahl der zu genehmigenden Anlagen reduziere.

Herr Bolinius äußert, dass der Ausgang des Verfahrens kein Ruhmesblatt für die Verwaltung darstelle und verweist auf die Aussagen seiner Fraktion aus dem Jahr 1996; die FDP hätte seinerzeit schon den Borssumer Hammrich für die Entwicklung eines Windparks bevorzugt, um den Wybelsumer Polder für weitere Industrieentwicklungen offen zu halten. Seine Fraktion stimme dem Kompromiss grundsätzlich zu.

Die eingangs gewählte Formulierung von **Herrn Bolinius** weist **Herr Röttgers** von sich; die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes sei in einem ganz normalen Verfahren bis zur Genehmigung gelaufen, wobei alle Verfahrensschritte vom Rat mit getragen worden wären.

Sowohl die Bezirksregierung als auch das Verwaltungsgericht Oldenburg haben die Rechtmäßigkeit des Flächennutzungsplanes festgestellt. Erst das OVG Lüneburg hat einen Abwägungsmangel im Verfahren benannt.

Die Fraktion der Grünen, so **Herr Renken**, finde sich mit dem Urteil des OVG bestätigt und stimme ebenfalls dem Kompromiss zu. Er hege jedoch die Befürchtung, dass die großen E 112-Anlagen gegebenenfalls das Ortsbild beeinträchtigen; diese Entwicklung sei 1996 so

Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 19.02.2004

nicht abzusehen gewesen. Weiterhin möchte **Herr Renken** wissen, ob sich die Verwaltung bereits mit der neuen Abstandsverordnung für Windenergieanlagen auseinandergesetzt habe und ob hier unter Umständen Probleme hinsichtlich der Genehmigung auftreten könnten.

Die neue Abstandsverordnung stelle für die Genehmigung der Anlagen kein Problem dar, so Herr Röttgers.

Herr Bongartz stimmt der Vorlage inhaltlich zu, möchte aber wissen, wie er den Hinweis in der letzten Zeile der Vorlage hinsichtlich des in Aussicht Stellens des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB zu verstehen habe.

Hierzu erläutert **Herr Röttgers**, dass die Verwaltung dem Rat empfehle, den Kompromiss anzunehmen, jedoch Beschlüsse des Rates für die Unterzeichnung des noch zu entwickelnden öffentlich-rechtlichen Vertragsentwurfs erforderlich seien. Daher sei die Formulierung als Auftrag für die Verwaltung zu verstehen; wenn der Ausschuss heute den Beschluss wie vorgeschlagen fasst, sehe die Verwaltung aufgrund der Absichtserklärung des Rates das gemeindliche Einvernehmen als erteilt.

Herr Meißner möchte wissen, wie hoch die Prozesskosten werden.

Nach Auskunft den FD 107 kann zur endgültigen Höhe der Prozesskosten noch keine abschließende Antwort gegeben werden, da ein Kostenfestsetzungsverfahren noch in der Schwebe ist.

Beschluss: Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Ziele der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes werden nicht weiter verfolgt. Das Aufstellungsverfahren 21. Änderung des Flächennutzungsplanes wird eingestellt.
2. Es wird festgestellt, dass die 21. Änderung keine Gültigkeit erlangt hat (sh. Urteil des OVG).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Windpark Borssum Verwaltungs- und Beteiligungs- GmbH einen öffentlich-rechtlichen Vertrag auszuhandeln, in dem die Zahl der Windkraftanlagen im Windpark Borssumer Hammrich auf 2 E 112 und 2 E 66, alternativ auf 3 E 112 begrenzt wird.
4. Die Stadt Emden stellt in Aussicht, zu einem Bauantrag, der dem öffentlich-rechtlichen Vertrag nach Ziffer 3 entspricht, das Einvernehmen gemäß § 36 BauGB zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 6 Vorlage 14/495-02
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Chlor- und
Monochloressigsäureproduktion in Delfzijl (Niederlande) der Firma Akzo
Nobel

Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 19.02.2004

Herr Fortmann erläutert, dass am 23. Januar 2004 für die deutsche Seite eine gesonderte Anhörung in deutscher Sprache stattgefunden habe, auf der die Verwaltung auch gezielt Fragen stellen konnte. Die seitens der Verwaltung vorgetragenen Anregungen wären von niederländischer Seite eingearbeitet worden; insgesamt sei für die Stadt jetzt klar, dass sich die Umweltsituation verbessern würde.

Herr Bolinius weist darauf hin, dass er mehrfach bei der Provinz Groningen vorstellig geworden sei, um Emissionsdaten zu erhalten; darüber hinaus habe er auch die Verwaltung schriftlich gebeten, dort nachzuhaken und möchte nun wissen, ob dieser Bitte nachgekommen worden wäre. **Herr Fortmann** erklärt, dass er bezüglich allgemeiner Emissionsdaten nicht nachgehakt habe.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 7 Vorlage 14/714-01
Sanierung Barenburg "Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt Barenburg" Jahresbericht 2003 und Vorstellung des Wirtschaftsplanes 2004

Herr Fortmann gibt eine Übersicht über im Jahr 2003 abgeschlossene Maßnahmen sowie einen Ausblick auf Maßnahmen, die in diesem Jahr begonnen werden sollten. Im Anschluss stellen **Frau Brenger** und **Herr Scholz** von der BauBeCon den Wirtschaftsplan vor. Die Vorträge sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Bornemann lobt den bisherigen Verlauf der Sanierung und zieht eine positive Bilanz für den Stadtteil Barenburg. Die geplanten Maßnahmen für dieses Jahr hält er für hervorragend und stellt insbesondere die Sanierung des Bunkers in der Geibelstraße heraus, der nach seiner Öffnung eine Ausstrahlung auf die ganze Stadt haben würde. Weiterhin bewertet er das Verhältnis der Eigenmittel der Stadt zu den zur Verfügung gestellten Fördermitteln von 1 : 4 als sehr positiv; die von der Stadt eingesetzten Mittel, beispielsweise für die Sanierung der Kanalisation, hätten ohnehin investiert werden müssen. Mit den kommenden Maßnahmen würde Bewegung in den Stadtteil kommen. Es gäbe allerdings auch Punkte, die nicht so zu begrüßen seien wie die Kostenentwicklung der Baumaßnahme Bunker oder die Entwicklung bezüglich des HCE-Geländes. Im Rückblick empfindet die SPD-Fraktion insgesamt die Arbeit und die Erfolge der Initiative Soziale Stadt als sehr positiv.

Herr Bongartz erinnert an den Beginn der Sanierung und seine seinerzeitige Skepsis insbesondere im Hinblick auf die damals genannten Zahlen. Bis heute konnten 10 Mio. Euro in den Stadtteil investiert werden, vergleichbare Zahlen gäbe es für keinen anderen Stadtteil. Seine Fraktion sei über das Voranbringen der Sanierung sehr erfreut; allerdings erwarte er nun auch Ansprüche aus anderen Bereichen der Stadt. Diesen müsse sich der Rat stellen und er hoffe auch in diesen Fällen auf einen Konsens der Politik, so wie er auch in Barenburg hergestellt werden konnte. Die Sanierung in Barenburg liefere unter dem Titel Soziale Stadt; bisher würden jedoch nur städtebauliche Verbesserungen erzielt, künftig sollten die sozialen Aspekte verstärkt angegangen werden.

Herr Meißner möchte wissen, warum der Kreislauf in der Hermann-Allmers-Straße so flach angelegt würde, so dass man einfach darüber fahren könne; für ihn sei die Situation sehr unübersichtlich.

Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 19.02.2004

Der Kreisel müsse so angelegt werden, damit der Bus darüber fahren könne, erläutert **Herr Bornemann**; ihm seien hierzu noch keine Probleme von Verkehrsteilnehmern bekannt geworden.

Auch die Fraktion der Grünen zeigt sich erfreut über die vorgestellten Inhalte, so **Herr Renken**. Er möchte darüber hinaus wissen, was mit dem Projekt B-Sure bewirkt werden könne. Weiterhin stellt er die Frage, wie viel Mittel in die Wohnumfeldverbesserung bzw. in die Wohnungssanierung fließen würden. Die Vorbereitung eines Wohnraumrückbaus, insbesondere der Glaspaläste, sei mit den bisherigen Förderungen nicht umzusetzen. Er weist jedoch auf Fördermöglichkeiten aus dem Programm Stadtumbau West hin und möchte wissen, ob die Verwaltung hier bereits aktiv sei. Das Thema lokale Ökonomie sieht er als eines der größten Defizite in Barenburg; Herr Renken möchte wissen, wie die Verwaltung sich mit diesem Thema auseinander setzen würde.

Herr Dürrwald relativiert die Bedenken von **Herrn Bongartz** bezüglich möglicher Ansprüche aus anderen Stadtteilen dahin gehend, dass die Stadt einen nicht unerheblichen Teil der bereits in Barenburg investierten Gelder ohnehin für Kanal- und Straßensanierungen hätte ausgeben müssen. Zum HCE-Gelände bemängelt er den häufigen personellen Wechsel in der Betreuung bedingt durch zeitlich befristete Verträge und bittet die Politik darum, die jetzt neu besetzte Stelle längerfristig zu sichern.

Auch **Herr Bornemann** greift die Äußerungen von **Herrn Bongartz** auf und merkt an, dass die Probleme in Barenburg über Jahre aufgelaufen sind; einen vergleichbaren Stadtteil mit derart vielschichtigen Problemen gäbe es sonst nicht in Emden. Der Einsatz der Fördergelder müsse öffentlich deutlich gemacht werden, damit kein Neid aus anderen Teilen der Stadt aufkommen würde. Weiterhin plädiert auch er für eine personelle Kontinuität in der Betreuung des HCE-Geländes.

Herr Hegewald möchte wissen, ob die Abwanderung der Bevölkerung aus dem Stadtteil unverändert hoch sei. Weiterhin verweist er zu der geplanten Umgestaltung des Schulhofs der Schule Grüner Weg darauf, dass Schüler vor einem Jahr in Eigenleistung Teile des Schulhofes umgestaltet hätten; er möchte nun wissen, ob diese Umgestaltung bei der Neuplanung berücksichtigt wurde. Für den Bereich der Wohnraumsanierung fragt Herr Hegewald, ob auch hier öffentliche Mittel eingesetzt werden können. Zur angesprochenen Förderung von Ich-AG's durch die Stadt möchte er wissen, wie diese aussehen solle, da Ich-AG's bereits durch das Finanzamt gefördert würden.

Herr Bolinius teilt mit, dass seine Fraktion voll hinter dem Sanierungsprogramm stehe und lobt ausdrücklich das erreichte Verhältnis zwischen Eigenmitteln und Förderung. Er möchte zudem wissen, in welcher Höhe Folgekosten pro Jahr für den Bunker Geibelstraße erwartet würden. Des weiteren teilt er mit, dass sich seine Fraktion in Delfzijl über den Abbruch von Hochhäusern, finanziert durch die Stadt, informiert habe. Als Ersatz habe Delfzijl an gleicher Stelle Reihenhäuser errichtet; Emden sollte etwas vergleichbares anstreben; gegebenenfalls seien Fördermodelle - wie in Bremen umgesetzt - aktivierbar.

Auch **Herr Bongartz** plädiert dafür, sich weiter für den Abbruch der Glaspaläste einzusetzen.

Herr Fortmann beantwortet die zuvor gestellten Fragen wie folgt:

Die Inhalte des B-Sure-Projektes wären dem Ausschuss bereits vorgestellt worden. Die Inhalte sollen sich inzwischen mit dem Thema „Wasser“ auseinander setzen; es solle aber weiter versucht werden, mit den Fördermitteln zwei halbe Stellen für die Betreuung des Bunkers zu sichern. Die Folgekosten für das Bunkerprojekt würden mit ca. 190.000 € pro Jahr angenommen; dieser Betrag ließe sich gegebenenfalls reduzieren, sofern es gelinge, in die Förderprogramme aufgenommen zu werden. Das Konzept eines Mehrgenerationenhauses solle auf den Bunker angewandt werden. Entsprechende Anträge

Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 19.02.2004

sind hierfür bereits gestellt; in nächster Zeit werden Gespräche mit der zuständigen Behörde des Sozialministeriums geführt.

Für den Bereich der Wohnumfeldverbesserung seien im Beirat konsensfähige Leitlinien erarbeitet worden, die jedoch derzeit noch nicht öffentlich vorgestellt werden sollen. Der Rückbau von Wohnraum sei nach **Herrn Fortmanns** Auffassung ein sehr sensibles Thema, aber auch hier laufen zur Zeit entsprechende Vorbereitungen. Andere Städte wie Bremen oder Delfzijl haben Abbrüche von Wohngebäuden mit einem erheblichen Eigenmittelanteil durchgeführt.

Anmerkung zur Finanzierung des Pilotprojektes „Stadtumbau West“ in Bremen Tenever:

Insgesamt betragen die Investitionen für die Umsetzung des Rückbaukonzeptes 72 Mio. €. Der Anteil der Stadtgemeinde Bremen beträgt 31 Mio. € und der Projektgesellschaft 41 Mio. €. Fördermittel des Programms Stadtumbau West werden nur für begleitende Maßnahmen (Forschung, Öffentlichkeitsarbeit) eingesetzt, nicht für den Abriss und die Modernisierung (insgesamt 6 Mio. €).

Zur personellen Finanzierung erläutert **Herr Fortmann**, dass es keinen Globalhaushalt gäbe; die entsprechenden Haushaltsansätze seien auf die einzelnen Fachdienste verteilt. Speziell für den Stadtteilbeirat existiere ein Verfügungsfond, hier stehen pro Quartal ca. 2.550 € zur Verfügung; daraus werden u. a. Projekte, die einen Bezug zu Barenburg haben, finanziert. Die Abwanderung aus dem Stadtteil habe nachgelassen; in den letzten Jahren hat das Sanierungsgebiet, das ca. 60% der Fläche des gesamten Stadtteils umfasst, rund 20% seiner Bevölkerung verloren.

Zur Förderung von Ich-AG's wird die Stadt über das Programm LOS zusätzlich zu den Förderungen durch das Arbeitsamt Sachleistungsbeiträge im Wert von 50 – 100 € als Starthilfe beisteuern.

Herr de La Lanne erklärt, dass das Thema „lokale Ökonomie“ bereits intensiv diskutiert worden wäre. Der hohe Arbeitslosenanteil in Barenburg bedeute einen sehr hohen Beratungsaufwand. Darüber hinaus werde bereits eine Bestandsaufnahme aller im Stadtteil befindlichen Betriebe vorgenommen; bei der Beauftragung von Firmen sollten solche Betriebe bevorzugt werden, die Beschäftigte aus Barenburg vorweisen könnten. Eine zusätzliche finanzielle Förderung der Ich-AGs würde nicht erfolgen.

Herr Röttgers ergänzt, dass sich die Situation in Barenburg in den letzten Jahren auch durch den Wegzug der Bevölkerung verschärft habe; diese würde noch begünstigt durch die Schaffung von Neubaugebieten auch seitens der Stadt. Einer Anspruchsdiskussion aus anderen Stadtteilen sehe er gelassen entgegen; Wohnraum- und Wohnumfeldverbesserungen sind auch in den Stadtteilen Transvaal und Klein-Faldern mit dem Einsatz von Städtebauförderungsmitteln durchgeführt worden. Das sei ein normales Geschäft, was nun auf Barenburg angewandt wird. Der Abbruch insbesondere der Glaspaläste verkompliziere sich aufgrund der dortigen Eigentumsverhältnisse; hier würden aber ständig Gespräche geführt, so dass er eine Lösung für erreichbar halte. Der Vergleich mit Abbruchmaßnahmen in den Niederlanden sei schwierig; dort wird die Schaffung neuen Wohnraumes kontingentiert und durch eine Raumordnungsbehörde gesteuert, so dass Gemeinden teilweise gezwungen seien, vor der Ausweisung neuer Wohngebiete vorhandenen Wohnraum zu entfernen.

Herr Bongartz verlässt um 18:40 Uhr die Sitzung.

Herr Renken empfiehlt abschließend die Überprüfung weiterer sozialer Indikatoren wie die Zahl der Abwanderungen oder der Schulabbrecher im Stadtteil. Nach seinem Empfinden sei die Diskussion um eventuellen „Neid“ aus anderen Stadtteilen in der heutigen Ausschusssitzung sehr negativ geführt worden. Die Stadt habe nach den vorgestellten Zahlen selbst nur 2 Millionen Euro in Barenburg investiert, nur durch die Förderung seien

Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 19.02.2004

insgesamt bisher 10 Millionen Euro daraus geworden. Dieses Verhältnis sei doch sehr positiv zu werten. Die Stadt habe schließlich auch in anderen Stadtteilen erhebliche Summen investiert. Durch die laufende Sanierung öffnet sich der Stadtteil Barenburg auch deutlich zu anderen Stadtteilen. In diesem Zusammenhang möchte **Herr Renken** wissen, ob die Verbindung nach Tholenswehr mit einer entsprechenden Brücke bereits diskutiert bzw. ob schon feststeht, dass diese geschaffen würde.

Herr Röttgers erläutert, dass er diese Verbindung der Projektgruppe bereits angetragen habe; der Vorschlag sollte jedoch von der Projektgruppe selbst kommen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 8 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen des Oberbürgermeisters vor.

Punkt : 9 Anfragen

Herr Woldmer möchte über den Sachstand bezüglich des Bebauungsplanes H 4 A in Petkum in Verbindung mit einem Antrag der Fraktionen von SPD und FDP informiert werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es handelt sich um eine städtische Fläche nördlich der Blumenstraße, welche im Osten durch die Straße Zum Bind und im Westen durch die neu errichtete Schule begrenzt wird. Für diese Fläche ist ein Planungsauftrag erteilt worden.

Im Stadtentwicklungsausschuss am 29.04.2004 soll eine Vorlage zum Stadium I vorgelegt werden.

Herr Röttgers hält die im Anschluss an die öffentliche Sitzung vorgesehene nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung für nicht mehr erforderlich, da das gesamte Zahlenwerk zur Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt Barenburg bereits vorgestellt und diskutiert wurde und empfiehlt daher dem Ausschuss, auf die nicht öffentliche Sitzung zu verzichten.

Dem stimmt der Ausschuss zu.